Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 11 (1943-1944)
Heft: 10-11

Artikel: Moskaus erweiterte Strategie
Autor: Müller, Albert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759479

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moskaus erweiterte Strategie

Von Albert Müller

Als Preussen-Deutschland in der wilhelminischen Aera die Bahn einer modernen Grossmacht einschlug und dabei zu Russland in einen immer schärferen Gegensatz geriet, den romantische Vorstellungen von der Solidarität der Dynastien nicht mehr überbrücken konnten, passte das vielen Vertretern preussischer Denk- und Lebensweise schlecht in ihr politisches Konzept. Sie wurden der neuen Machtstellung, die ihnen die Auseinandersetzung mit anderen politischen und gesellschaftlichen Traditionen bescherte und sie dagegen überlieferter Stützen beraubte, anfänglich nicht recht froh. Mitten in dem Glanz des neuen Reiches sehnten sie sich nach der Zeit zurück, in der der preussische Staat im Schatten des Zarenreiches zwar machtpolitisch eine bescheidenere Rolle gespielt, aber dafür unzweideutig seinen Platz im Lager des konservativen Systems an der Seite des russischen Absolutismus eingenommen hatte. Wie etwa ein märkischer Junker die ob den Erfolgen und der politischen Geschäftigkeit des jungen Kaiserreiches verloren gegangene Intimität mit Russland bedauerte, liest man in noch lebendiger Frische bei Theodor Fontane, dessen Werk wohl nicht zum diplomatischen Aktenbestand zählt, aber im höheren Sinne eine Geschichtsquelle insofern ist, als er wusste und in Worte zu fassen verstand, wie man in Preussen dachte — in Sonderheit auch bei den Repräsentanten der „landed gentry". Da erbaut sich im „Stechlin" der alte Schlossherr Dubslav[1]) in etwas geschwätziger Weise an den preussischen Regimentern, welche die Namen russischer Zaren tragen, den „Nikolaus-Kürassieren" und dem Alexander-Regiment — Namen, die ein Programm bedeuten, „und dieses Programm heisst: Russland". Es waren Preussens beste Tage, meint er, „als es

[1]) Wenn man zweifeln sollte, ob es legitim sei, die Gestalten Fontanes als Zeugen für historische Strömungen anzurufen, darf man immerhin daran erinnern, dass im „Stechlin" auch der Satz über die Engländer steht, der dann zum geflügelten Wort wurde und das Urteil zweier deutscher Generationen über die britische Politik auf eine Formel brachte: „Sie sagen Christus und meinen Kattun."

immer hin und her ging zwischen Petersburg und Berlin", und was von jenen alten Beziehungen noch übrig geblieben ist, das hält er für das Solideste an dem neuen Kaiserreich: „Ich freue mich immer, wenn ich davon lese, vor allem wenn ein russischer Kaiser kommt und ein Doppelposten vom Regiment Alexander vor seinem Palais steht... Ich möchte sagen, in dem Regimente lebt noch die Heilige Allianz fort, die Waffenbrüderschaft von Anno dreizehn, und dies Anno dreizehn, das wir mit den Russen zusammen durchgemacht haben, das war doch unsere grösste Zeit... Das war für uns die richtige Waffenbrüderschaft; jetzt haben wir die Waffenbrüderschaft der Orgeldreher und der Mausefallenhändler. Ich bin für Russland, für Nikolaus und für Alexander — da hat man die richtige Anlehnung; alles andere ist revolutionär, und was revolutionär ist, das wackelt."

Die Anlehnung an Russland, deren Lob Fontane dem Herrn von Stechlin mit seinen kleinen „Ueberspanntheiten" in den Mund legte, war für Preussen ein Ergebnis der europäischen Kräfteverhältnisse nach den napoleonischen Kriegen. Im Sinne seiner konservativen Schichten bedeutete sie aber auch einen Staatsgrundsatz, der eine Versicherung gegen die liberalen Strömungen gewährte, die im Befreiungskrieg mehr sichtbar als wirksam geworden waren. Für das Zarenreich war das familiäre „Hin und Her zwischen Petersburg und Berlin" in jenen Jahrzehnten so befriedigend, dass Moskau heute sein Streben nach Sicherheit und Machterweiterung in den Wunsch nach gleicher freundschaftlicher Intimität mit den Regierungen in seiner Nachbarschaft und seinem weiteren Einflussbereich kleidet. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat Preussen die Anlehnung an Russland nicht verloren, weil es das konservative Prinzip aufgab, sondern weil die Intimität zwischen Berlin und Petersburg, in der etwas von der Heiligen Allianz weiterbestand, schliesslich gesprengt wurde durch den Aufstieg des preussischen Staates zur führenden Stellung in Deutschland und zur dominierenden Grossmacht in Europa. Noch im Krimkrieg und beim polnischen Aufstand 1863 spielte die konservative Solidarität zugunsten Russlands, und Berlin verpflichtete sich damit das Zarentum so zu Dank, dass sich daraus geradezu eine Grundlage für die erfolgreiche Machtpolitik Preussens ergab. Dem Liberalismus waren die Dienste, die Preussen dem russischen Absolutismus leistete, allerdings ebenso zuwider gewesen wie das konservative System als solches überhaupt. Von dieser Seite erhob sich daher die Kritik an der „Anlehnung" und eine grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber Russland, die aber auf die preussische Politik ohne Einfluss blieb und erst verspätet auf das wilhelminische Deutschland abfärbte, als dieses sich in einer Situation zurechtfinden

musste, in der das Verhältnis zwischen den beiden konservativen Mächten längst durch den selbsttätigen Mechanismus konkreter Machtfragen von Grund auf verändert worden war. Für das dannzumal vorhandene Bedürfnis nach einer Neuorientierung war es wie eine Vorarbeit, was die liberale Berliner „Nationalzeitung" im November 1857 in einer rückschauenden Betrachtung über den Krimkrieg in schroffem Gegensatz zu der preussischen Politik geschrieben hatte, indem sie bedauerte, dass diese Auseinandersetzung nicht die erhoffte „gründliche Regulierung der Karte unseres Weltteils" gebracht habe „mit der Tendenz, der drohenden territorialen Uebermacht Russlands damit Grenzen zu setzen". Ein „dauernder Friedensstand" für Europa sei nicht eher zu erwarten, als nicht Russland, „der grösste Gegner der europäischen Gemeininteressen und der prädestinierte Feind einer unabhängig gestellten europäischen Staatenwelt, auf angemessene Grenzen reduziert" sei. „Noch nie, so weit unsere Geschichte reicht, bot sich der Menschheit ein Problem von dieser Grösse, und nie bestand ein derartiger Gegensatz. Findet die entscheidende Stunde den Weltteil wider Russland einig, so darf uns kaum vor dem Ausgang bangen, auch wenn sie weit hinausgerückt sein sollte; aber das Düstere der Betrachtung beruht auf der nicht wegzuleugnenden nahen Möglichkeit, dass die Einigung fehlen wird, wie sie in der letzten Krisis mangelte."

Der Tadel, den das Berliner Blatt im Rückblick auf den Krimkrieg wegen mangelnder Einigung des Weltteils austeilte, richtete sich in erster Linie gegen die preussische Politik selbst. Wenn später das wilhelminische Kaiserreich, das den preussischen Machtstaatsgedanken realisiert hatte, ihn aber mit einem konservativen Staatensystem nicht mehr verbinden konnte, von der liberalen Quelle der antirussischen Gedankengänge nippte, so blieb es bei einem fast ganz äusserlichen Zusammenhang. Die nationalliberal gefärbte Politik, die gegenüber Russland territoriale Annexionen und wirtschaftliche Erschliessungspläne verfolgte, hatte kaum mehr etwas gemeinsam mit den geistigen Strömungen, die sich gegen die Anlehnung Preussens an den russischen Absolutismus erhoben hatten. Als dann die Vision des Kreuzzuges gegen Russland, welche die Berliner „Nationalzeitung" nach dem Krimkrieg verkündet hatte, vom Dritten Reich in die Tat umgesetzt wurde, fehlte wohl in der Inszenierung keine von den Requisiten des ursprünglich liberalen Programms — nicht der Appell zur Einigung Europas und nicht das Versprechen einer „gründlichen Regulierung der Karte unseres Weltteils"; nur hatte der nationalsozialistische Imperialismus selbst schon der „unabhängig gestellten europäischen Staatenwelt" ein Ende bereitet und damit die einzig vorhandene und für uns einzig denkbare Form der „europä-

ischen Gemeininteressen" zerstört, deren grösster Gegner doch sowohl das zaristische wie das bolschewistische Russland sein sollte. Der „Kreuzzugsgedanke" diente nach der Zertrümmerung des Systems der unabhängigen europäischen Nationalstaaten der ideologischen Verschleierung einer reinen Eroberungspolitik. Sie scheiterte, weil die nationalsozialistische Führung im Banne ihrer eigenen Rassenlehre das russische Reich unter der bolschewistischen Herrschaft der Auflösung verfallen und zum Objekt der Kolonisierung bestimmt glaubte, während es in Wirklichkeit seine robuste Macht bewahrt hatte.

Dass das Sowjetregime in der Aussenpolitik den Spuren des Zarismus folgte, hat Tschitscherin schon vor zwanzig Jahren, möglicherweise selbst mit einer gewissen Verwunderung, aber auf jeden Fall mit erstaunlicher Offenheit zugegeben: „Notre régime n'est pas celui des tsars et nos méthodes y sont diamétralement opposées, mais l'effet reste le même." In der allerersten Zeit vielleicht waren sich die Bolschewisten noch nicht ganz klar darüber, dass ihnen dieser Weg vorgeschrieben war, wenn sie die totale Macht, die ihnen im Inneren zugefallen war, behaupten und in diktatorischer Weise ausüben wollten. Wie Steinberg in seinen „Erinnerungen eines Volkskommissars" die Episode der Ratifizierung der Unabhängigkeitserklärung Finnlands im Rat der Volkskommissare schildert, könnte man den Eindruck erhalten, die Regierung der Bolschewisten habe in einem solchen Fall mit keinem Gedanken auf der Wahrung der Ansprüche des russischen Reiches bestanden, sondern es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, dem vom Zarismus unterdrückten Volke sein Recht zurückzugeben. Als in der Sitzung — es war gegen Ende Dezember 1917 — das mit Wappen und Siegeln ausgestattete Dokument vorgelegt wurde, das die Neugier der mit der Kunst der diplomatischen Kanzleien noch gar nicht vertrauten Volkskommissare erweckte, erhob sich keine Stimme des Widerspruchs. Die Frage interessierte gar nicht. In wenigen Minuten war die Zustimmung der Sowjetregierung zu der Unabhängigkeitserklärung Finnlands formuliert und das Schriftstück unterzeichnet. Der Sozialrevolutionär Steinberg meint, alle hätten mit einer ganz besonderen Genugtuung ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt in dem Bewusstsein, dass die Befreiung des finnischen Volkes vom russischen Joch einer historischen Ungerechtigkeit ein Ende gesetzt habe. Die einzige Verlegenheit bereitete die Frage, wer die finnische Delegation mit Svinhufvud an der Spitze begrüssen solle, die vor der Tür wartete und dem Rat der Volkskommissare unter allen Umständen ihren Dank aussprechen wollte. Ein Händedruck mit Svinhufvud, dem erbitterten Gegner des Bolschewismus, war

für die Revolutionäre ein peinlicher Gedanke. Lenin zuckte die Achseln und meinte: „Was kann ich denn diesen Bourgeois schon sagen?" Trotzki lehnte entschieden ab, und Steinberg, der Volkskommissar für Justiz, wandte lachend ein, seine amtliche Funktion würde ihm höchstens erlauben, die Leute zu verhaften... Schliesslich erhob sich Lenin und ging zu der finnischen Delegation hinaus, kehrte aber ziemlich verlegen zurück mit den Worten: „Ich habe es ja gesagt, dass ich's nicht könne... Ich habe sie sofort als „Genossen" angesprochen." Später, so fügt Steinberg hinzu, machten sich die Bolschewisten von dergleichen Verlegenheitsgefühlen frei; man lernte rasch die Kunst der diplomatischen Wendungen, der zweideutigen Ausdrucksweise und der Lüge... Vielleicht hat der Rat der Volkskommissäre die Frage der politischen Unabhängigkeit Finnlands mit Grosszügigkeit auch nur deshalb behandelt, weil das Zugeständnis der Bolschewisten im Vergleich zu der Dynamik ihrer eigenen Vision von der Weltrevolution als geringfügig und bald überholt erschien. Schon drei Monate später hatten sie gelernt, sich ihrer dynamischen Vision als Hebel ihrer Machtpolitik zu bedienen, und Finnland war unter den ersten Ländern, die sie zu spüren bekamen.

In dem Vierteljahrhundert, das seit den ersten tastenden Schritten des Bolschewismus auf dem Boden seiner Beziehungen zu der Staatenwelt vergangen ist, hat das Sowjetregime die Mittel seiner Machtpolitik verfeinert und variiert. Die aussenpolitische Taktik, die Stalin einschlug, hat seinen im Kampf um die Macht im Sowjetstaat unterlegenen Gegnern sogar Anlass zu der Behauptung gegeben, dass er den Gedanken der Weltrevolution nicht nur aufgegeben, sondern geächtet und erstickt habe. So falsch diese zweckbestimmte Darstellung ist, so abergläubisch wäre es, einen gewissen Rückzug Stalins auf dem Terrain der Lehre des internationalen proletarischen Klassenkampfes als reines Täuschungsmanöver aufzufassen. Das Sowjetregime hat nicht nur die Begrenztheit seiner Weltrevolutionsstrategie, sondern auch die Tatsache erkennen müssen, dass sie zu Russlands eigenem Schaden ausgeschlagen hat — sei es, indem sie der nationalsozialistischen Diktatur und damit dem Imperialismus des Dritten Reiches den Weg bereitete, sei es, dass die einseitige und blinde Taktik der Revolutionierung des „internationalen Proletariats" Staaten und Mächte schwächte und unterwühlte, an deren moralischer und materieller Stärkung die Sowjetunion ein Interesse gehabt hätte. Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen hat Moskau das Arsenal seiner aussenpolitischen Mittel revidiert und bereichert. Neben der sozialen Komponente des Völkerlebens hat es die nationalen und nationalistischen Kräfte entdeckt und trägt ihnen Rechnung. Das Sowjetregime bedient sich des pansla-

wistischen Gedankens, um seine eigenen Ziele direkt zu erreichen; es bejaht auch den Nationalismus anderer Völker, sofern er geeignet ist, Gegengewichte gegen die Feinde und Rivalen Russlands zu schaffen. Seine „erweiterte Strategie", der zu Beginn dieses Monats mit der Revision der Stalinschen Verfassung eine föderative Aufgliederung der Sowjetunion als Anziehungs- oder wahrscheinlich noch mehr als diplomatisches Behelfsmittel zur Lösung bestimmter territorialer Fragen hinzugefügt worden ist, weist heute eine nicht geringere Variabilität als die Hitlers auf.

Ob der „neuen Waffen" glaubt man das diskreditierte und rostige Schwert der Weltrevolution zuweilen der Aufmerksamkeit kaum mehr würdigen zu müssen. Das wäre falsch. Allerdings wird Moskau das Instrument des internationalen proletarischen Klassenkampfes mit mehr Subtilität anwenden als in der Zeit, in der die Vision von der unaufhaltsamen Ausbreitung der Weltrevolution ein bolschewistisches Dogma war. Aber wenn das Sowjetregime nach einer Befreiung Russlands von der deutschen Invasion „mit diametral entgegengesetzten Methoden, aber mit der gleichen Wirkung" den Spuren des Zarenreiches in seiner Macht- und Expansionspolitik folgt, so wird es sich des Mittels der sozialen Revolution bis zur Diktatur des Proletariats ebenso zu bedienen suchen, wie der russische Absolutismus nach dem napoleonischen Zeitalter seine Ziele mit dem Prinzip der konservativen Solidarität erreichte. Sowohl zur Verwirklichung territorialer Annexionen wie für die Organisierung eines Einfluss- und Machtbereichs der Sowjetunion in Gestalt eines Systems von Gefolgstaaten bleibt der augenblicklich stark und vielleicht überbetonte Gedanke des Panslawismus immer auswechselbar gegen den „revolutionären Klassenkampf". Bei der Einverleibung der baltischen Staaten war eine Verwandtschaft slawischer Völker überhaupt nicht im Spiel. Sie war nur unter der Herrschaft einer von der Roten Armee getragenen Regierung möglich, praktisch also unter der sogenannten „Diktatur des Proletariats" in der Abwandlung, wie sie die auf einen totalitären Staatsapparat gestützte Alleinherrschaft Stalins darstellt. Selbst bei der Annexion slawischer Staaten oder ihrer Angliederung an einen Sicherheitsring und Einflussbereich Sowjetrusslands dürfte Moskau von Fall zu Fall die Schrittmacherdienste der sozialen Revolutionierung in Anspruch nehmen. Das wäre der direkteste Weg zur Verwirklichung des Wunsches nach „freundschaftlich gesinnten Regierungen", die sich zur Anlehnung an Moskau ebenso gezwungen sähen, wie der Schlossherr von Stechlin der Meinung war, dass für das konservative Preussen-Deutschland die „richtige Anlehnung" doch nur Russland sein könne. In einer Zeit, in der den Sowjetvölkern und anderen Nationen die Dik-

tatur Stalins nur noch in patriotischer oder slawisch-nationalistischer Verbrämung gezeigt wird, würde Moskau in solchen Fällen für seine Propaganda vermutlich diese modernere Legende sogar vorziehen und nicht einen Sieg der „proletarischen Revolution" feiern, die ja in Tat und Wahrheit immer mehr ein einfacher coup d'état zur Errichtung des Einparteistaates eines Militär-, Polizei- und bureaukratischen Apparats geworden ist.

Dass die nominelle Ausstattung der einzelnen Sowjetrepubliken mit gewissen Attributen selbständiger Staaten, vor allem auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen, den eisernen Rahmen der Machtpolitik Moskaus lockern könnte, dafür besteht keine Möglichkeit. Die nach dem geschriebenen Recht föderative Struktur der Sowjetunion wird vom unerbittlichen Griff der unumschränkten zentralistischen Diktatur zusammengehalten, die selbständige politische Regungen der einzelnen Glieder nicht zulässt. Die Zentralgewalt beschränkt die Anpassung an die regionale und nationale Vielfältigkeit des riesigen Reiches auf einzelne Sektoren des kulturellen Lebens. Die dem Sowjetregime sonst in keiner Hinsicht, in der Sprachenfrage aber eigene Toleranz und der Verzicht auf eine Russifizierungspolitik vor allem haben gewisse Reibungsflächen gegenüber den Völkerschaften ausgeschaltet, die unter dem Zarismus sich immer wieder störend bemerkbar gemacht hatten. Der Vorteil hat sich in der Haltung der Nationalitäten im Krieg erwiesen. Aber eine Bereitschaft, die Befugnisse der Sowjetrepubliken auszubauen, ihnen wirklich wichtige politische Aufgabengebiete zu überlassen, auf denen sie selbst Entscheidungen treffen und nicht nur als Organe der Zentralgewalt handeln, lag seit der Bildung der Sowjetunion nicht mehr in der Linie der Entwicklung. Die Bestrebungen beispielsweise der Ukraine, von den Eigenrechten, die sie in der Periode des einfachen Staatenbundes besass, einen Teil zu wahren oder auch nur die Einhaltung der bei dem Uebergang zur Unionsverfassung gemachten Zusicherungen zu erreichen, stiessen auf Ablehnung und Widerstand bei den in Moskau tonangebenden „Grossmachtanbetern". So war Litwinow keineswegs geneigt, den Anspruch der Sowjetukraine auf eine angemessene Verwendung ukrainischer Diplomaten bei den Sowjetbotschaften und -gesandtschaften zu erfüllen — ein Zugeständnis, das ihr gemacht worden war, als sie auf ihre eigenen diplomatischen Vertretungen im Ausland im Zusammenhang mit der Einführung der Unionsverfassung hatte verzichten müssen. Krestinsky meinte scherzend, da doch die Endsilbe-sky charakteristisch für ukrainische Eigennamen sei und er diese Voraussetzung erfülle, könnte der Anspruch der Ukrainer dadurch befriedigt werden, dass man ihn als ukrainischen Vertreter betrachte.

Nach diesen längst zugunsten der Zentralgewalt entschiedenen Auseinandersetzungen besteht zweifellos in Moskau nicht die Absicht, den einzelnen Sowjetrepubliken, die jetzt der Form nach selbständige Aussenministerien erhalten, ein wirkliches Mitbestimmungs- oder auch nur ein Mitspracherecht in der Aussenpolitik der Sowjetunion einzuräumen. Ihre Festlegung und ihre Führung lässt sich die Moskauer Zentrale sicher in keiner Frage aus der Hand nehmen. In letzter Zeit haben sich aber Beispiele dafür ereignet, dass territoriale und politische Forderungen, die über die offiziellen oder sonst formulierten Ansprüche Moskaus hinausgingen und die allem Anschein nach das Aussenkommissariat der Sowjetunion nicht in verbindlicher Fassung geltend machen wollte, von Vertretern einzelner Sowjetrepubliken zur Sprache gebracht wurden. Als Wortführer treten der Form nach Bundesstaaten auf, die auf Grund regionaler Angelegenheiten als speziell legitimiert erscheinen; sie sind ein Ersatz für die nicht vorhandene Möglichkeit des Ausdruckes einer politischen Willensbildung des Volkes; die Sowjetdiplomatie erhält durch den Vorstoss eine Grundlage, auf der sie selbst vorgehen kann, oder sie bleibt in der Reserve und wahrt sich die Handlungsfreiheit, wenn das Ergebnis des Tastversuchs ihr dies nahelegt. Nach der Errichtung selbständiger Aussenministerien in den einzelnen Republiken wird dieses Spiel vielleicht lebhafter werden. Es handelt sich also mehr um Sprachrohre und nicht um Träger eines echten Mitspracherechts, und nicht anders wird man die Rolle der Sowjetrepubliken in den Kommissionen der Alliierten und in internationalen Organisationen zu betrachten haben, in denen sie Sitze erhalten sollen. Möglicherweise wird ihr Auftreten nicht einmal streng synchronisiert werden; sicher aber wird ihre politische Taktik von der Moskauer Zentrale bestimmt. Im ganzen gesehen werden den Sowjetrepubliken nicht Befugnisse delegiert, sondern nur Aufträge. Die Revision der Verfassung im föderativen Sinne hat nur die ausführenden Organe für diese Aufträge geschaffen. Letzten Endes bleibt wenig mehr übrig als ein Akt administrativer Dezentralisation, der den Bedürfnissen der Moskauer Zentralgewalt bei ihrer „erweiterten Strategie" dient.